

### Vorblatt zum Frühwarndokument

<b>Vorhaben:</b>	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung und des Netzes nationaler Koordinierungszentren
<b>KOM-Nr.:</b>	COM-Nr.: (2018) 630 final
<b>BR-Drucksache:</b>	BR-Drs-Nr: 442/18 Zu 442/18
<b>Federführendes Ressort/Aktenzeichen:</b>	MELUND / ZIT 025.80-258/2017-1392/2018-UV-20341/2018
<b>Zielsetzung:</b>	Derzeit ist die Union ein Nettoimporteur von Cybersicherheitsprodukten und -lösungen und hängt dabei weitgehend von nichteuropäischen Anbietern ab. Diese Situation soll durch die Einrichtung eines „Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung und des Netzes nationaler Koordinierungszentren“ geändert werden; die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf diesem Gebiet soll hergestellt werden. Mit dieser Maßnahme führt die Union bereits begonnene Aktivitäten im Bereich der Cybersicherheit fort (z.B. Gründung einer öffentlich-privaten Partnerschaft für Cybersicherheit in 2016)
<b>Wesentlicher Inhalt:</b>	<p>Das Kompetenzzentrum soll die Zusammenführung von Fachwissen durch die Koordination eines Netzes von nationalen Koordinierungszentren sowie das Vorantreiben der Technologieagenda im Bereich Cybersicherheit bewirken. Weiterhin soll das Kompetenzzentrum die Durchführung der betreffenden Teile der Programme „Digitales Europa“ und „Horizont Europa“ durch die Vergabe von Finanzhilfen und die Abwicklung von Auftragsvergaben übernehmen.</p> <p>Das Kompetenzzentrum soll Lücken in der Zusammenarbeit im Bereich Cybersicherheit</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) zwischen den Mitgliedstaaten,</li> <li>b) zwischen Forschungs- und Industriekreisen,</li> <li>c) nachfragenden und anbietenden Marktteilnehmern sowie</li> <li>d) ziviler und militärischer Forschung und Innovation</li> </ul> <p>schließen.</p> <p>Außerdem soll das Kompetenzzentrum Zuarbeiten für</p>

	<p>bildungspolitische Entscheidungen liefern, die Kompetenzen im Bereich Cybersicherheit verbessern. Letzlich sollen Behörden und Unternehmen der Mitgliedsstaaten durch wirksame Produkte und Lösungen besser vor Cyberbedrohungen geschützt werden.</p> <p>Das Kompetenzzentrum soll in Form einer europäischen Partnerschaft eingerichtet werden und so gemeinsame Investitionen durch die Union, die Mitgliedstaaten und/oder die Industrie vereinfachen. Die Mitgliedstaaten sollen sich mit einem angemessenen Betrag am Kompetenzzentrum beteiligen.</p>
<p><b>Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):</b></p>	<p>Mit dem geplanten Kompetenzzentrum wird zukünftig Wissen im Bereich der Cybersicherheit gebündelt und bis zur Wertschöpfungsreife weiterverarbeitet. Damit kann den zunehmend komplexeren Angriffen auf Informationsinfrastrukturen begegnet werden. Dies ist für alle EU-Staaten von Interesse, die notwendigen Investitionen sind hingegen von keinem der Staaten alleine leistbar. Somit werden ohne ein einheitliches europäisches Vorgehen die erforderlichen Investitionen voraussichtlich nicht in ausreichendem Maß getätigt, die EU könnte dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter verlieren. Das Subsidiaritätsprinzip kann daher als eingehalten angesehen werden.</p>
<p><b>Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:</b></p>	<p>Das geplante Kompetenzzentrum ist auch für das Land Schleswig-Holstein von Interesse. Das Land Schleswig-Holstein hat sich das Ziel gegeben, ein Digitales Vorzeigeland zu werden. In einem Digitalisierungsprogramm wurden konkrete Maßnahmen zur Gestaltung des Digitalen Wandels in verschiedenen Politik- und Lebensbereichen definiert, u.a. auch im Bereich künstlicher Intelligenz. Die Förderung der Cybersicherheit durch Aktivitäten des Kompetenzzentrums kann in Schleswig-Holstein geplante Projekte unterstützen. Weiterhin werden zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit im Rahmen eines dualen Studiums zukünftige Fachkräfte für den Bereich der IT-Sicherheit an der Fachhochschule in Kiel ausgebildet. Impulse aus dem geplanten europäischen Kompetenzzentrum im Bereich Bildung können auch diese Aktivität des Landes befördern.</p>
<p><b>Zeitplan für die Behandlung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Bundesrat</li> <li>b) Rat:</li> <li>c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>a) erreichbare Plenarsitzungen: 21.09.18 / 19.10.18</li> <li>b) nicht bekannt</li> <li>c) nicht bekannt</li> </ul>